

Braunschweiger Volksfreund

Nr. 2/2009

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

Juni / Juli 2009

Sommerprogramm 2009

„Sommer_Sonne_SPD“: Unter diesem Motto bietet die SPD zum 19. Mal allen Braunschweigern Freizeitspaß und Informationen in der Ferienzeit an.

Vom 25. Juni bis 19. August haben alle Interessierten Gelegenheit, Neues in ihrer Stadt zu entdecken und alt Bekanntes aus einer anderen Perspektive zu erleben.

Wie wäre es zum Beispiel mit einem PILATES-Schnuppertraining mit der Braunschweiger Bundestagsabgeordneten Dr. Carola Reimann? Lernen Sie unsere Abgeordnete und Kandidatin für die Bundestagswahl persönlich kennen und erfahren Sie, wie sie sich in ihrer Freizeit fit hält.

Einblicke in große örtliche Unternehmen bieten die Besichtigungen von Volkswagen, Siemens und SOLVIS. Hinter die Kulissen schauen kann man im Braunschweiger Bahnhof, im Hafen, im Krankenhaus, bei der Arbeiterwohlfahrt und im Flughafen. Naturfreunde haben Gelegenheit, schöne Gärten und Parks unter fachkundiger Begleitung zu entdecken, an Radtouren teilzunehmen und Fledermäuse



Die Vorsitzende Dr. Carola Reimann lädt zum 19. Sommerprogramm der SPD ein.

zu beobachten. Auch Polizei und Feuerwehr geben Einblick in ihre tägliche Arbeit.

Kulturinteressierte erfahren bei Rundgängen mit Professor Dr. Gerd Biegel mehr über die Geschichte der Friedhöfe und dort bestattete Braunschweiger Persönlichkeiten. Es gibt Gelegenheit, an einer Generalprobe im Theater teilzunehmen.

Vom Wasser aus kann man die Stadt

aus einer anderen Perspektive erleben. Ein neuer Programmpunkt ist unser Besuch bei der traditionsreichen Pianofabrik Schimmel. Vielleicht wollten Sie auch schon immer erfahren, wie Honig entsteht oder wie Fast Food zubereitet wird.

Bei der großen Auswahl des Sommerprogramms finden sich für jeden Interessierten etwas. Fast alle Angebote sind kostenlos (auch für Nichtmitglieder der SPD!). Melden Sie sich bitte unbedingt an, weil die Teilnehmerzahlen begrenzt sind.

Das gesamte Sommerprogramm finden Sie in diese Zeitung eingelegt. Das Programm gibt es außerdem in der Geschäftsstelle der SPD in der Schloßstraße 8, Telefon 480 98 21 oder im Internet unter www.spd-braunschweig.de

CDU und FDP lassen Eltern im Regen stehen

Kinderbetreuung wird in Braunschweig zu zögerlich ausgebaut

■ Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist heute notwendiger denn je und einer der Gründe, weshalb wir die Kinderbetreuung immer weiter ausbauen. Um einer Halbtagsbeschäftigung nachgehen zu können, muss die Betreuung im Kindergarten deutlich länger als die üblichen vier Stunden dauern, da auch die Fahrtzeiten zur Arbeit und zur Kita mitgerechnet werden müssen. Diese Erkenntnis hat sich seit Jahren durchgesetzt. In Braunschweig wurden flexibel und nachfragegerecht die Betreuungszeiten auf fünf, sechs oder mehr Stunden ausgeweitet. Bis zum 20. Mai 2009. Da kam es zu einem deutlichen Bruch in dieser Entwicklung. Auch zu einem Vertrauensbruch. Was war geschehen?

Im März trafen sich die Verwaltung und die Träger der Kindertagesstätten, um den Bedarf nach Plätzen und Öffnungszeiten zu besprechen. Es wurde ein Ausbaupaket vereinbart. In der Vergangenheit wurden



vergleichbare Ergebnisse stets ohne Abstriche umgesetzt, manchmal wurde sogar drauf gesattelt. Dieses Jahr kam alles anders. Die „verwaltungsinterne Abstimmung“, so die offizielle Sprachregelung, führte dazu, dass der Oberbürgermeister zum 20. Mai dem Rat vorschlug, in elf Fällen die geplante Ausweitung der Betreuungszeiten nicht umzusetzen. Dem folgte die CDU/FDP-Mehrheit im Rat, zum Entsetzen der Kitas und der betroffenen

Eltern, die wie in den Vorjahren auf das Ergebnis des Planungstages vertraut hatten.

Ratsherr Frank Flake, jugendpolitischer Sprecher der SPD, kritisiert: „Erstens hätte für vergleichsweise wenig Geld – 200.000 Euro im Jahr – den betroffenen Eltern ermöglicht werden können, ihrer Berufstätigkeit in gewohnter Weise nachzugehen. Zweitens wurde das Vertrauen der freien Träger der Kindertagesstätten in die Zusammenarbeit mit der Stadt massiv beschädigt. Und drittens scheint es auch anders zu gehen, wenn nämlich der Oberbürgermeister bei einer Bürgersprechstunde medienwirksam nach Gutsherrenart verkündet, dass die Schulkinderbetreuung ausgebaut wird. Die SPD begrüßt natürlich den Ausbau der Schulkinderbetreuung, doch hatten CDU und FDP genau diesen Ausbau vorher im Rat der Stadt noch abgelehnt – mit der Stimme des Oberbürgermeisters.“

„Es ist schön zu sehen, dass mein

Sommer-Interview mit Dr. Carola Reimann, MdB.

Am 27. September wird der Deutsche Bundestag neu gewählt. Wir sprechen mit der Braunschweiger Bundestagsabgeordneten und Wahlkreiskandidatin der SPD, Dr. Carola Reimann, über Ihre politische Arbeit in Berlin und in Braunschweig.

Volksfreund: Seit dem Jahr 2000 vertreten Sie die Interessen der Stadt Braunschweig als Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Was konnten Sie in den letzten Jahren für Braunschweig erreichen?

In den letzten Jahren konnte ich in verschiedenen Bereichen einiges für Braunschweig erreichen. Jetzt, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, kommt es vor allem darauf an, den Standort Braunschweig zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern, wie zuletzt zum Beispiel mit dem Erhalt des VW-Gesetzes. Gemeinsam mit Bundesjustizministerin Brigitte Zypries haben wir wichtige Schutzfunktionen für die VW-Belegschaft durchgesetzt. Das ist wichtig für die Beschäftigten und gut für den Standort Braunschweig.

Als Biotechnologin und Forschungspolitikerin liegen mir natürlich auch die heimischen Forschungseinrichtungen besonders am Herzen. Für Braunschweig als Stadt der Wissenschaft und Forschung ist es besonders entscheidend, dass wir kontinuierlich in Forschung investieren. Allein in der vergangenen Legislaturperiode flossen über 65 Millionen Euro direkte Projektförderung des Forschungsministeriums nach Braunschweig. Auch künftig werde ich mich dafür stark machen, dass Braunschweig Förderschwerpunkt bleibt.

Ebenso wichtig für den Standort ist eine gute Infrastruktur. Hier habe ich gemeinsam mit den SPD-Abgeordneten der Region den Ausbau der ICE-Strecke Hildesheim-Braunschweig vor-



antreiben können. Und für alle Bahnreisenden gibt es auch noch eine gute Nachricht: Aus dem Konjunkturpaketen werden Mittel für den Bau von Aufzügen am Hauptbahnhof bereitgestellt.

Sehr gefreut hat mich auch, dass es gelungen ist Fördergelder in Höhe von 300.000 Euro für das Gesundheitsprojekt „Das Westliche Ringgebiet – ein Stadtteil in Bewegung“ an Land zu ziehen. Mit den Mitteln aus dem Gesundheitsministerium sollen vor allem sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche eine Chance erhalten, sich für Bewegung und Gesundheit zu begeistern. Das ist ein gutes Projekt mit sehr engagierten Akteuren, die vor Ort, dort wo es nötig ist, ansetzen. Es ist schön zu sehen, dass diese Arbeit honoriert wird!

Sie sind gesundheitspolitische Sprecherin der SPD. Was ist da eigentlich Ihre Aufgabe?

Meine Aufgabe als gesundheitspolitische Sprecherin ist es, dafür zu sorgen, dass unser Gesundheitssystem als Ganzes funktioniert und wir im Interesse der Versi-

cherten eine gute Versorgung für alle erhalten.

Gesundheitspolitik ist ein kompliziertes Feld und wird in den Medien oft kritisiert. Interessen von Patienten, Ärzten, Pharmakonzernen und Krankenkassen prallen aufeinander. Warum macht Ihnen die Arbeit als gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion trotzdem Spaß?

In der Tat stoßen in der Gesundheitspolitik sehr viele Einzelinteressen aufeinander und das Beharrungsvermögen der vielen Akteure im Gesundheitswesen ist nicht zu unterschätzen. Wir haben das auch bei der Gesundheitsreform gemerkt. Da liefen einige Akteure Sturm, insbesondere die privaten Krankenversicherungen. Da muss man standhaft bleiben, denn nicht immer ist das, was im Interesse einzelner Akteure ist, auch gut für das Ganze und gut für die Versicherten.

Die Arbeit macht mir vor allem deshalb Spaß, weil ich in einem wichtigen Politikfeld, das alle Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betrifft, etwas bewegen kann.

So habe ich als gesundheitspolitische Sprecherin den Gesetzentwurf zur diamorphingestützten Substitutionsbehandlung vorgelegt, der im Mai mit großer Mehrheit beschlossen wurde.

Was besagt dieses Gesetz?

Es geht darum, Schwerstabhängigen, die in einem sehr schlechten, zum Teil sogar lebensbedrohlichen Gesundheitszustand sind, eine neue Perspektive zu geben. Es handelt sich hierbei um schwer erkrankte Menschen, die bereits eine traurige, langjährige Drogenkarriere und schon mehrere erfolglose Therapien hinter sich haben. Modellprojekte und eine damit verbundene klinische Studie haben klar nachgewiesen, dass die Behandlung mit Diamorphin, also pharmazeutisch hergestelltem Heroin, den Gesundheitszustand und die Lebensumstände dieser Heroinabhängigen verbessert. Einer kleinen Gruppe von Schwerstabhängigen wollen wir daher eine Behandlung mit Diamorphin ermöglichen. Allerdings brauchen wir dafür eine sichere gesetzliche Grundlage und strikte

Die Arbeit in Berlin etwas bewegt.“

Vorgaben. Der von mir vorgelegte Gesetzentwurf setzt genau das um und bekam deshalb auch die breite Unterstützung von SPD, FDP, Grünen und den Linken. Auch CDU-geführte Länder und Städte unterstützten den Entwurf, während die Bundestagsfraktionen von CDU und CSU skeptisch waren. Mich hat deshalb sehr gefreut, dass mein Gesetzentwurf im Bundestag eine breite parlamentarische Mehrheit gefunden hat.

Der Gesundheitsfonds ist ein typischer Kompromiss in dieser Koalition. Bleibt es dabei oder wird die Bürgerversicherung doch noch eingeführt?

Die Bürgerversicherung war immer unser Ziel und sie wird es auch bleiben. Im Übrigen steht der Gesundheitsfonds nicht im Widerspruch zu unseren Bürgerversicherungsplänen. Im Gegenteil: Durch die Neuregelung der Finanzströme im Gesundheitswesen ermöglicht er eine systematische Weiterentwicklung zur Bürgerversicherung.

Soll es auch im Bereich der Pflege Veränderungen geben?

In der Pflege ist es unser Ziel, von der oft kritisierten „Minutenpflege“ wegzukommen und einen Pflegebegriff einzuführen, der den tatsächlichen Hilfebedarf des Einzelnen besser abbildet. Die Grundlagen dafür sind bereits in den letzten Monaten von Experten erarbeitet worden.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hält die Republik zurzeit in Atem. Wie bewerten Sie die bisherigen Maßnahmen gegen die Krise und was muss zukünftig getan werden, damit das Land gestärkt aus der Krise hervorgeht?

Mit den Konjunkturpaketen und mit den Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld haben wir die richtigen Maßnahmen ergriffen. Nach dem notwendigen Schutzschirm für die Banken brauchen wir jetzt auch einen Schutzschirm für Arbeitsplätze, damit wir so viele wie möglich über die Krise retten können. Wir brauchen un-

sere Arbeitskräfte, damit unsere Unternehmen nach der Krise gut aufgestellt sind. Die Fachkräfte in den Betrieben sind die Basis für den nächsten Aufschwung.



Gleichzeitig müssen wir aus der Finanz- und Wirtschaftskrise die richtigen Konsequenzen ziehen. Das heißt: Wir brauchen klare Regeln für die Märkte. Damit Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgeht, setzen wir auf einen fairen Wettbewerb, auf Bildung und Forschung sowie auf Wachstum, das auf ökologischer Nachhaltigkeit basiert.

Für welche weiteren politischen Ziele möchten Sie sich in den nächsten vier Jahren besonders engagieren?

Zunächst sehe ich meine Aufgabe darin, Braunschweiger Interessen in Berlin weiterhin Gehör zu verschaffen und Ansprechpartnerin hier vor Ort zu sein. Neben den schon genannten Themen werde ich mich für den gesetzlichen Mindestlohn und die Stärkung von Arbeitnehmerrechten einsetzen. Zentral sind für mich außerdem eine bessere finanzielle Unterstützung für Familien und der Ausbau von Betreuungsangeboten. Und nicht zuletzt werde ich mich für gleiche Chancen und gleiche Bezahlung von Frauen und Männern einsetzen. Dass Frauen bei gleicher Leistung und Ausbildung immer noch schlechter bezahlt werden als Männer, halte ich für einen Skandal. Das müssen wir angehen.

Was war für Sie das wichtigste Ergebnis der letzten Wahlperiode?

Ich denke es war wichtig, dass sich Frank-Walter Steinmeier mit seinem Konzept für ein umfassendes Konjunkturpaket durchsetzen konnte. Anfang des Jahres, als sich zeigte, welches Ausmaß die Krise annimmt, war es wichtig, dass Politik ein starkes Signal gesetzt hat. Die CDU war hier wie gelähmt. Ich bin überzeugt, hätten wir damals nicht rechtzeitig gehandelt, stünden wir heute erheblich schlechter da.

In der großen Koalition haben sie sicher auch manche Kröte geschluckt. Können Sie Beispiele nennen. Was hätte die SPD in einer Alleinregierung anders gemacht?

In Koalitionen muss man Kompromisse eingehen, das ist so. Aber wir konnten in den letzten Jahren einiges durchsetzen: Vom Mindestlohn, über den Krankenversicherungsschutz für alle bis hin zu den Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise, die eindeutig die Handschrift der SPD tragen. Natürlich wären wir ohne die

Blockadehaltung bei der Union beim Thema Mindestlohn schon weiter.

Was sind für Sie die drei wichtigsten Gründe, am 27. September die SPD zu wählen?

Erstens: Die SPD zieht die richtigen Lehren aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir wollen daher den Kräften des Marktes klare Regeln und Grenzen setzen und dafür sorgen, dass so viele Arbeitsplätze wie möglich über die Krise gerettet werden. Zweitens: Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern: Das heißt mehr Investitionen in Bildung und Gebührenfreiheit von Anfang an – auch im Studium. Drittens: Wir stehen für eine nachhaltige Energiepolitik. Dazu gehört natürlich das Festhalten am Atomausstieg. Und der vierte Grund heißt Frank-Walter Steinmeier.

Warum ist Frank-Walter Steinmeier ihrer Meinung nach besser geeignet für das Amt des Bundeskanzlers als Angela Merkel?

Ich kenne Frank-Walter Steinmeier schon seit einigen Jahren. Er ist ein guter Zuhörer und kann gut auf Menschen zugehen. Er führt mit klaren Überzeugungen, statt nur zu moderieren, und hat den Mut zum richtigen Zeitpunkt Entscheidungen zu treffen. Frank-Walter Steinmeier bringt also alles das mit, was ein Kanzler braucht. Bei Frau Merkel fehlen Mut, Führungskraft und klare Überzeugungen.

Welche anderen Dinge außer der Politik spielen in Ihrem Leben eine Rolle? Wie verbringen Sie Ihre Freizeit?

In meiner Freizeit ist mir wichtig, mal den Kopf frei zu bekommen, auch von der Politik. Das geht bei mir am besten mit Sport, egal ob Yoga, Pilates oder Joggen. Ansonsten gelten auch bei mir die Klassiker: Freunde treffen, Kino oder einfach mal gemütlich zu Hause bleiben und nichts tun.

Vielen Dank für das Gespräch.

SPD fordert fünfte IGS für Braunschweig

Viele Eltern, Kinder und Lehrer aus Braunschweig demonstrierten in Hannover, um sich gegen schulpolitische Willkür der CDU/FDP-Landesregierung zu wehren.

■ Über zehntausend Schüler, Eltern und Lehrer haben sich an der großen Demonstration in Hannover beteiligt, mit der CDU und FDP aufgefordert wurde, auf die Einführung des sogenannten „Turboabiturs“ an den Integrierten Gesamtschulen zu verzichten. Sie haben erkannt, worum es CDU und FDP mit diesem Vorhaben in Wirklichkeit geht: Da sie das Errichtungsverbot für Gesamtschulen wegen des Drucks der Öffentlichkeit nicht aufrechterhalten konnten, wollen sie die Gesamtschulen von innen her aushöhlen.



Schon letztes Jahr protestierten in Braunschweig viele tausend Schülerinnen und Schüler gegen die Bildungspolitik der Landesregierung.

Kinder, die an einer IGS das Abitur anstreben, haben für die Mittelstufe 5 Jahre Zeit, alle anderen an der IGS 6 Jahre. Für beide Gruppen muss also der Lehrstoff unterschiedlich verteilt werden, eine gemeinsame Beschulung ist nicht möglich. Das Konzept einer Integrierten Gesamtschule wird ad absurdum geführt.

Zur Unterstützung der Braunschweiger Teilnehmer an der Demonstration in Hannover hatte die SPD im Rat der Stadt mit anderen Fraktionen eine Resolution eingebracht. Die

Landesregierung sollte aufgefordert werden, auf die Einführung des Turboabiturs an den Gesamtschulen zu verzichten.

Die Braunschweiger Ratsmitglieder von CDU und FDP weigerten sich, an einer Debatte über Bildungspolitik überhaupt teilzunehmen. Sie meinten unter anderem, dass der Rat kein Recht habe, sich einzumischen, weil das Land für Bildungsfragen zuständig sei, lehnten dann mit ihrer Mehrheit die Resolution ab.

„Hier zeige sich wieder die Arroganz von

CDU und FDP“, so Manfred Pesditschek, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt. „Diese Parteien halten es nicht einmal für nötig, gegenüber Schülern und Eltern ihre schulpolitischen Absichten zu erläutern und zu begründen“, so der Politiker.

Im übrigen ist der Andrang zur Integrierten Gesamtschule ungebrochen. Für das neue Schuljahr wurden 775 Kinder an den vier Gesamtschulen angemeldet, das ist Rekord. Trotz der neuen vierten Gesamtschule müssen 221 Kinder abgelehnt werden und können nicht die Schulform ihrer Wahl besuchen. Eine fünfte Gesamtschule

wäre ebenfalls voll ausgelastet. „Wir werden einen neuen Anlauf unternehmen, um auch eine fünfte Gesamtschule in Braunschweig einzurichten“, kündigt Pesditschek an.

Übrigens...

...Der Braunschweiger CDU-Bundestagskandidat und Ratsmitglied Carsten Müller befürwortet die Bildungspolitik der CDU in Niedersachsen und missachtet so den Willen vieler Eltern und Schüler.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt in Braunschweig zu Gast

■ Am 9. Juli wird die Gesundheitsministerin Ulla Schmidt Braunschweig besuchen und das Projekt „Das Westliche Ringgebiet – ein Stadtteil in Bewegung“ besichtigen.

Ziele des Projektes sind u.a. sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen im Stadtteil Spaß an Bewegung im Alltag zu vermitteln und das eigene Gesundheitsbewusstsein zu steigern. Zielgruppe sind neben den Kindern und Jugendlichen im Westlichen Ringgebiet auch deren Eltern und das pädagogische Personal in den Einrichtungen vor Ort.

Das Projekt wird zusammen mit 20 Kooperationspartnern, u.a. mit Schulen, der TU und der FH Braunschweig, verschiedenen Kitas, einem Sportverein und dem Mehrgenerationenhaus, durchgeführt. Das Bundesgesundheitsministerium fördert das Projekt mit Mitteln in Höhe von 300 000 Euro.

Im Anschluss findet eine öffentliche Veranstaltung mit Ulla Schmidt im Volksfreundsaal (Schloßstraße 8) statt. Anmeldungen und nähere Infos unter 05 31/480 98 22 und www.spd-braunschweig.de

Bürgersprechstunden der SPD-Abgeordneten

■ Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 480 98 21. Die Termine sind :

- ▶ **Dr. Carola Reimann, MdB:**
 - Freitag, 10. Juli, von 9 - 15 Uhr
 - Donnerstag, 6. August, von 9 - 17 Uhr
- ▶ **Klaus-Peter Bachmann, MdL:**
 - Donnerstag, 25. Juni, ab 14.30 Uhr
 - Donnerstag, 13. August, ab 14.30 Uhr

Die Abgeordneten im Internet:

www.carola-reimann.de
www.klaus-peter-bachmann.de

Arbeitsmarktpolitik: Union handelt verantwortungslos

■ Das Arbeitsmarktpolitik auch in Zukunft von der SPD gestaltet werden sollte, zeigt sich aktuell bei der Reform der Job-Center. In einem Urteil hat das Bundesverfassungsgericht die Neuordnung der Zusammenarbeit von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit in den Job-Centern bis 2011 gefordert.

Kommt es nicht fristgerecht zu einer Neuordnung, müssen die Job-Center aufgelöst und

die Hilfen wieder getrennt von Bund und Kommunen vermittelt werden.

Um dieses zu vermeiden, hat sich Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) mit allen 16 Bundesländern auf eine Lösung geeinigt, die weiterhin nur eine Anlaufstelle für Arbeitssuchende vorsieht. Die CDU-Bundestagsfraktion blockiert aber diese Lösung. „Sie handelt verantwortungslos und schadet so den Arbeitssuchenden“, so Scholz.

Impressum

Braunschweiger Volksfreund

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig

Internet: www.spd-braunschweig.de

Redaktion: Detlef Kühn (VfSP), Sigrid Herrmann, Matthias Stoffregen

Druck: bs-druck, Braunschweig

Erscheinungsweise: vierteljährlich,

Auflage: 41 000 Exemplare

Bankverbindung/Spendenkonto

des SPD-Unterbezirks: SEB, Konto

1006001200, BLZ 270 101 11

SPD